

AUSSENANSICHT

Duale Bildung gewinnt

DR. GEORG HABER
Präsident der
Handwerkskammer



Der Bundesrat hat aktuell beschlossen: Meister dürfen sich nun zusätzlich „Bachelor Professional“ und Betriebswirte des Handwerks „Master Professional“ nennen. Die Länderkammer billigte damit nach dem Bundestag den Plan von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek, die mit den neuen Namen die Berufsbildung stärken will. Dieser Beschluss ist aus meiner Sicht enorm wichtig, um die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der dualen Berufsausbildung im Vergleich zur akademischen Bildung weiter zu stärken.

Dass das Parlament die neuen und international verständlichen Fortbildungsstufenbezeichnungen in der Berufsbildung unterstützt, ist der richtige Schritt. Denn damit wird die in der Praxis etablierte Stufensystematik mit international anschlussfähigen, attraktiven Begriffen sichtbar.

Für alle Menschen mit hochwertigen Abschlüssen der Höheren Berufsbildung sind die neuen Abschlussbezeichnungen ein wichtiges Signal der Anerkennung ihrer Leistung und bringen zugleich ihr hohes Qualifikationsniveau nicht nur im internationalen Raum zum Ausdruck. Die gewählten Bezeichnungen sind gleichermaßen geeignet, die Gleichwertigkeit zu akademischen Abschlüssen zu verdeutlichen. Zumal der Zusatz „Professional“ Verwechslungen mit akademischen Gradn vermeidet.

Die neuen Bezeichnungen erhöhen die Transparenz im Weiterbildungsbereich und leisten einen wichtigen Beitrag, die Attraktivität der beruflichen Bildung sowie die gesellschaftliche Gleichbehandlung von akademisch und beruflich Qualifizierten zu steigern. Uns ist allerdings wichtig, dass die etablierte und international mit hoher Wertschätzung belegte Qualifikationsbezeichnung „Meister im Handwerk“ durch die Stufe „Bachelor Professional“ ergänzt und keinesfalls verdrängt wird.

Der Meistertitel hat nicht ausgedient. Er steht in der deutschsprachigen Gesellschaft für Qualität und Können, diese gelernte Verankerung wollen wir unter keinen Umständen lösen. Und eines ist auch klar: Mit neuen Bezeichnungen allein, lässt sich keine Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung herstellen. Es ist aber einer von vielen Schritten, die wir als Handwerksvertreter noch gehen wollen und werden, um die öffentliche Wahrnehmung der beruflichen Bildung zu verbessern.

AUTORENINFORMATION

Der Autor ist Präsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz.

Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.



KARIKATUR: LUFF

LEITARTIKEL

Ein ungesundes System

MEDIZIN Chronisch Erschöpfte finden nur schwer Unterstützung. Viele Patienten erleben den freien Fall durch alle Raster. Höchste Zeit, Kraft in die Erforschung dieser Krankheit zu stecken.

MARIANNE SPERB



Sind Sie manchmal erschöpft? Weil die Woche hart war? Weil Sie sich beim Joggen übernommen haben? Keine Sorge: Ihre Erschöpfung wird sich höchstwahrscheinlich bald verziehen. Anders ergeht es Menschen mit dem Chronic-Fatigue-Syndrom. Sie fallen – oft aus voller Vitalität – in bodenlose Schwäche. Nicht das Syndrom, sondern ihr Leben zieht an ihnen vorbei. Viele erleben den freien Fall durch alle Raster. Unser Gesundheitssystem krankt an dieser Stelle. Höchste Zeit, CFS ein Gesicht zu geben – in der Gesellschaft, im Gesundheitswesen, in Gerichtssälen.

Hinter dem Kürzel CFS tut sich ein weiter Raum an Widersprüchen und Unkenntnissen auf. Chronische Erschöpfung, in der internationalen Klassifikation ICD-10 IV unter G 93.3 gelistet, ist schwer zu fassen und lässt sich nicht so einfach belastbar nachweisen. Und so werden Patienten unter Ziffer G 93.3 auf einen Irrflug durch Praxen und Instanzen geschickt. Immer wieder steuern sie ein Hoffnungslicht an, immer wieder prallen sie an eine Wand.

Wollen sie nicht – oder können sie nicht? Diese Frage steht nicht nur bei CFS, sondern bei einer Reihe von Krankheiten im Zentrum. „Reiß dich zusammen!“. Auch Depressive hören diesen Satz oft. Die Frage, ob Trägheit mit Krankheit entschuldigt wird, ist berechtigt. „Chronisch erschöpft“ klingt schließ-

lich viel freundlicher als „chronisch faul“. Kostenträger sollen aber nicht eingebilddete, sondern echte – physisch oder psychisch – Kranke unterstützen. Sie müssen prüfen, wer Anspruch auf die Gelder der Allgemeinheit hat.

Die Gemengelage illustriert ganz gut ein Urteil des Landessozialgerichts München. Eine CFS-Patientin, die Erwerbsminderungsrente wollte, scheiterte dort 2017. Das Argument der Richter: Es kommt nicht auf die Diagnose an, sondern darauf, ob ein Versicherter noch sechs Stunden Arbeit täglich schafft. Und nicht die Überzeugung der Patientin zählt, sondern der Befund des ärztlichen Sachverständigen. Tatsächlich studierten sich die Richter durch einen Berg an Gutachten, die die Leistungskraft der Frau krass widersprüchlich einstufen und ihr teils nur noch 1,5 Stunden Berufstätigkeit pro Tag zutrauten. Am Ende lehnten sie die Klage der Patientin ab.

Selbst Kerngesunde würde so ein Verfahren erschöpfen. CFS-Kranke aber haben nur minimale

Energie. Für Lobbyarbeit fehlt ihnen die Kraft – einer der Gründe, warum das Syndrom in der Gesellschaft kein Gesicht hat.

Ein zweiter Grund: Die Patienten tragen keinen Gips und keine Krücke. Man sieht ihnen die Krankheit nicht an. Und: Sie sind aus der Öffentlichkeit verschwunden. Sie dämmern daheim im Bett, wo sie sich auch nicht ständig erklären müssen bei Menschen, die ihnen sagen: „Raff dich auf!“

CFS ist ein sogenannter Koryphäen-Killer; das Syndrom wird aufwändig im Ausschlussverfahren eingekreist. Psychiater, Neurologen, Endokrinologen, Allgemeinmediziner, Naturheilkundler: Obwohl die WHO das Syndrom klar als neurologisch einstuft, streiten Ärzte aller möglichen Fächer, ob das Leid eher seelisch oder körperlich einzuordnen ist. Selbst die Kommission, die im Auftrag der Bundesregierung Leitlinien formulieren sollte, knickte ein. Sollbruchstelle war die Empfehlung der Allgemeinmediziner, Patienten zu aktivieren – grundverkehrt fand das die ME/CFS-Gesellschaft.

Rund 300 000 Menschen in Deutschland leiden an CFS – plus Dunkelziffer. Doch obwohl das Syndrom viel häufiger auftritt als etwa Aids, fließt nur ein Bruchteil an Geld in die Erforschung. Es braucht mehr Wissen, um das Leben der Patienten zu erleichtern. Am Ende ist es vielleicht sogar zweitrangig, ob CFS physisch, psychisch oder psychosomatisch verortet wird – Hauptsache, die Kranken erhalten wirksame Hilfe. Denn das Leid: Das Leid ist echt.

„Hauptsache, die Kranken bekommen endlich wirksame Hilfe. Denn das Leid: Das Leid ist echt.“

» JEDEN TAG SO ERSCHÖPFT

Die Berichterstattung zum Leitartikel SEITEN 2/3

PRESSESTIMMEN

Berliner Morgenpost

Die Zeitung aus Berlin zur jüngsten Pisa-Studie:

„Das ist der eigentliche Skandal, der aus der Pisa-Studie hervorgeht: Nach wie vor hängt der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft ab. Der Trend hat sich sogar verstärkt, und zwar, obwohl die OECD seit 20 Jahren mahnt, Deutschland müsse mehr für die Bildungsgerechtigkeit tun. Groß angekündigte Aktionen, mit denen Bildungsgerechtigkeit erreicht werden soll, verpuffen in der Realität.“

Schwäbische Zeitung

„Bund und Länder müssen endlich deutlich mehr Geld in die Bildung investieren.“

Die Zeitung aus Ravensburg nimmt Stellung zur neuen Pisa-Studie

LE FIGARO

Die Zeitung aus Paris kommentiert den Nato-Gipfel:

„Am Dienstag hätte die Nato ihr 70-jähriges Jubiläum euphorisch feiern können. Die äußeren Bedrohungen, die ihre Gründung 1949 rechtfertigten, sind nicht ganz verschwunden, aber das Kräfteverhältnis hat sich deutlich zu ihren Gunsten verschoben (...). Jedoch ist die Krise noch nie so ernst gewesen. Es sind die internen Spaltungen, die heute eine Bedrohung für das Bündnis darstellen.“

FINANCIAL TIMES

Die Zeitung aus London zum möglichen Ende der Großen Koalition:

„Ein Rückzug der SPD mag kurzfristig destabilisierend wirken, aber er bietet die Möglichkeit einer politischen Neuausrichtung und einer innovativen Politik, mit der Deutschlands Demokratie neu belebt und seine Führungsrolle in Europa gestärkt wird. Die Grünen haben die Sozialdemokraten als größte Mitte-Links-Partei abgelöst und scheinen zum Regieren bestimmt zu sein.“

Rhein-Zeitung

Die Zeitung aus Koblenz zur Lage in Afghanistan:

„Deutschland muss seine Rolle als starke Mittelmacht in Europa annehmen. Es darf sich aber nicht übernehmen. Für Afghanistan heißt das, den Frieden so weit zu sichern, dass die Taliban und der IS keine Terrornetzwerke unterhalten können. Aber zu glauben, man könne mit dem Militäreinsatz den Afghanen auch Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung bringen, ist eine Illusion.“